



Wie schwer es ist, ein Pirat zu sein

Mit viel Transparenz und Offenheit sollte frischer demokratischer Wind in die Versammlung gebracht werden. Dafür sind die Piraten angetreten. Aber Transparenz alleine reicht eben nicht.

Mit Dringlichkeitsantrag im Hauptausschuss vom 6. September sollte der Verwaltung das politische Ticket zur Räumung des Bauwagenplatzes in Wilhelmsburg ausgestellt werden. Dass die SPD die Dringlichkeit mit Mehrheitsbeschluss feststellte, ohne dass tatsächlich Dringlichkeit vorlag, hat die Piraten empört. Was dringlich ist, entscheidet die Mehrheit. Daran ändert auch die Bezirksaufsicht nichts, die die Piraten einschalten wollten.

Zwischenzeitlich ist aber der Beschluss des Hauptausschusses ohnehin hinfällig, da die SPD-Abgeordnete Odebrecht, die hier mit gestimmt hat, zu der Zeit bereits Beamtin war und ihr Mandat längst hätte abgeben müssen. Daher wurde der Antrag zur Räumung im Oktober erneut auf die Tagesordnung gesetzt und wie gewohnt mit SPD/FDP-Mehrheit beschlossen.

Dass die SPD mit absoluter Mehrheit im Hauptausschuss entscheidet, obwohl die Wähler der SPD nicht die absolute Mehrheit im Bezirk gegeben haben, störte bisher vor allem die CDU-Fraktion. FDP und Piraten haben keinen Fraktionsstatus und sind daher in den Ausschüssen nicht stimmberechtigt, was die Mehrheitsverhältnisse zugunsten der SPD verändert.

Dass die FDP kein Stimmrecht in den Ausschüssen hat, wurmt nun wieder den FDP-Abgeordneten Patzer, mit dem die SPD-Fraktion daher einen Deal ausgehandelt hat: Herr Patzer bekommt Stimmrecht im Stadtplanungsausschuss, ist also zubenannter Bürger für die SPD, und als Gegenleistung verschafft er der SPD-Fraktion in der Bezirksversammlung die eine fehlende Stimme zur absoluten Mehrheit. Alles offen und transparent und trotzdem ganz undemokratisch.

Man muss schon länger suchen, um Abstimmungsergebnisse zu finden, wo die FDP nicht mit der SPD gestimmt hat. Sollten die Piraten hier aber die Bezirksaufsicht anrufen, wäre die Antwort vermutlich negativ. Kein Gesetz verbietet einen solchen Deal (So kann ein Gesetzgeber ja auch gar nicht denken). Nein, ein Gesetz nicht, wohl aber die demokratische Grundhaltung.

Elbpark Entenwerder – Vision und Realität

Wenn begeisterte Stadtplaner über das Wesen der Metropole dozieren, hört man Sätze wie: Die Metropole ist eine „Einladung an alle, sich im Alltag auf die Gestaltung und die Zumutungen dieser Stadt einzulassen“ (Martin Kohler, HCU). Dieser Einladung ist Thomas Friese gefolgt.

Der Modemacher mit dem Label Thomas-I-Punkt produziert in Rothenburgsort und ist begeistert von dem Elbpark Entenwerder. Seine Visionen hat er in einem Modell festgehalten, das auf seinem Ponton am Elbpark ausgestellt ist. Dort liegt jetzt auch die Architekturbox, die im Architektursommer 2006 an der Alster zu sehen war. „Mein Vater ist ein Entdecker und Zusammenbringer von Sachen“, erläutert die Tochter von Thomas Friese den CDU-Bezirksabgeordneten bei einem Besuch am 3. Oktober. Dass die Vorstellungen von einem stadtnahen Park mit Kultur- und Sportangebot nicht kurzfristig realisierbar und nicht leicht finanzierbar sind, schreckt Familie Friese indes nicht. Wenn der östliche Teil der HafenCity erst entwickelt ist und die Verbindung zum Elbpark besteht, werde dies die Aufwertung des Elbparks mit sich bringen. Einstweilen aber sollte der Bezirk mal für öffentliche Toiletten im Elbpark Entenwerder sorgen. Dass hier ein Bedarf besteht, wird den Abgeordneten immer wieder beschieden. Ein Antrag der CDU-Bezirksfraktion im Regionalausschuss HHBR ist bereits eingereicht.

Was man darf und was man nicht darf

Ein Zaun ist ein Instrument der Ausgrenzung und wenn eine bestimmte Personengruppe mit Hilfe eines solchen Zauns von einem öffentlichen Platz ferngehalten werden soll, dann ist das nicht in Ordnung. Dass man so etwas nicht darf, weiß mittlerweile auch der Bezirksamtsleiter.

Was man dagegen sehr wohl darf: Ein bestimmtes Gebäude, hier die denkmalgeschützte Schule am Hübbesweg in Hamm, für eine **öffentliche Unterbringung** von 45 Flüchtlingen für ungeeignet halten. Das Gebäude ist teilweise bereits belegt und befindet sich in einem Gebiet mit umfangreicher Wohnbebauung.



Dass eine Flüchtlingsunterkunft für die Nachbarn Probleme bedeuten kann, das wissen die Billstedter nur zu gut, wenngleich die **Unterkunft am Billstieg** mit ca. 600 Plätzen ungleich größer ist. Eine Lösung der dortigen Probleme könnte in der dezentralen Unterbringung in kleinen Gruppen liegen. Daran jedoch hat der Bezirksamtsleiter derzeit wenig Interesse, wie er bei einem Besuch im Billstieg auf Einladung von CDU-Vertretern bestätigte. Er will im Jahr 2013 wiedergewählt werden. Viele kleine Unterkünfte zu finden bedeutet für ihn, sich viele Proteste ans Bein zu binden. Daher bleiben die Probleme am Billstieg vorerst ungelöst. In der Zwischenzeit hat sich die Frage der öffentlichen Unterbringung am Hübbesweg geklärt: Der Eigentümer des Gebäudes ist nicht bereit, zu diesem Zweck an die Stadt zu vermieten – so die offizielle Erklärung.

Eine andere Frage: Darf man Menschen, die sich liegend, stehend, trinkend oder ähnlich im öffentlichen Raum aufhalten, des Platzes verweisen? Nein, darf man nicht. Polizei und BOD haben somit keine Möglichkeit, gegen die Trinker am Hauptbahnhof vorzugehen. Anders wäre es jedoch, wenn sie sich im privaten Vorgarten der Deutschen Bahn aufhielten. Daher wurde der Bahn zum 1. Oktober bereits ein **Sondernutzungsrecht für den Bahnhofsvorplatz** eingeräumt, so dass auch der Ordnungsdienst der Bahn hier eine rechtliche Handhabe hat.

Allerdings hat das Bezirksamt versäumt, der Bahn ein Angebot zu machen, wohin sie denn diese Leute schicken soll. Dass diese sicher etwas unausgelegene Sache dem City-Ausschuss ohne Wahrung von Fristen (zwei Tage vor dem Sitzungstermin) vorgelegt wurde - na ja.

Wahlkreiseinteilung für die Bezirkswahlen

„Mehr Bürgerrechte – ein neues Wahlrecht für Hamburg“: Unter diesem Titel hat die damalige Volksinitiative dem Wähler mehr Entscheidungskompetenz zugesprochen – zulasten der Parteien. Spätestens im Jahr 2014 sollen nun 30 von 51 Abgeordnete direkt über die Wahlkreise gewählt werden. Die Parteien haben verständlicherweise wenig Freude an diesem Verlust an Einfluss. Jeder Bürger, der seinerzeit die Volksinitiative mit seiner Unterschrift unterstützt hat, wollte aber genau das: Mehr Einfluss für die Wähler, weniger Einfluss für

die Parteien. Wenn jetzt Parteien versuchen, dies zu umgehen, sollten die Wähler hier entschieden protestieren.

In den Übergangsbestimmungen zum Bezirksversammlungswahlgesetz ist nämlich geregelt, dass für den Fall, dass der Zeitplan bis zur Wahl 2014 nicht eingehalten werden kann, ausschließlich nach bestehenden Wahlkreislisten (in Mitte: zwei, ohne Bezirksliste!) gewählt wird. Anscheinend steuert die SPD direkt auf die Übergangsbestimmungen zu. Sollte sie damit Erfolg haben, muss dies die Bürger aufbringen!

Die CDU-Fraktion hat auf ihrer Klausurtagung im September bereits eine deutliche Position bezogen. Unter Zugrundelegung aller sachlichen Erfordernisse empfiehlt die Fraktion die Einteilung in sieben Wahlkreise wie folgt:

WK1	Altstadt, Neustadt, Hafencity, St. Georg, Hammerbrook, Borgfelde, Rothenburgsort
WK2	Horn
WK3	Hamm
WK4	Billstedt-Nord
WK5	Billstedt-Süd, Billbrook
WK6	Finkenwerder, Kl. Grassbrook, Steinwerder, St. Pauli
WK7	Wilhelmsburg-Veddel

Auch der Kreisausschuss der CDU ist dieser Empfehlung bereits gefolgt.

Schutz des Stadtbildes

Ein Antrag auf Abriss eines Gebäudes wird nicht politisch entschieden, sondern nach einem rechtlich vorgegebenen Verfahren innerhalb einer bestimmten Frist. Dennoch hat sich im Fall des Gebäudes am Elisabethgehölz 3 – 7 eine deutliche Mehrheit in der Bezirksversammlung gefunden, die sich gegen den Abriss dieses für Hamburg so typischen Ensembles ausspricht. Auf Grund eines Antrags der CDU-Fraktion im Bauausschuss soll die Bezirksverwaltung nun in Verhandlungen mit der Eigentümerin, der Vereinigten Hamburger Wohnungsbaugenossenschaft, eintreten.

Nächste Sitzung der Bezirksversammlung:

17. November 2011, 17.30 Uhr

Impressum

CDU-Bezirksfraktion Hamburg-Mitte, Klosterwall 4, 20095 Hamburg, Tel.: 040/326352, Fax: 040/326442, info@cdu-fraktion-hamburg-mitte.de; Layout: Joska Möller

